

Herr de Maizière zur Geschäftsordnung. Das muß ich jetzt so sagen.

Abg. de Maizière (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das, was im Moment passiert, des Hohen Hauses nicht würdig ist.

(Sehr richtig! und Beifall)

Ich möchte sie bitten, eine Pause von einer viertel Stunde einzulegen. Vielleicht gelingt es den Fraktionsvorsitzenden, ein paar Fragen zu vereinbaren, wie wir diesen Tag in einer angemessenen Weise gestalten können.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Wir werden eine viertel Stunde Pause machen und sehen uns hier wieder fünf nach elf.

(Zuruf: Also, das kann doch noch nicht das Ende gewesen sein. Da muß doch wenigstens abgestimmt werden dazu.)

(Unterbrechung der Sitzung)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höpner:

Meine Damen und Herren! Die Fraktionsvorsitzenden sind noch in ihrer Beratung. Die Beratung ist noch nicht abgeschlossen. Die Pause muß darum um mindestens 10 Minuten verlängert werden.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Die Fraktionsvorsitzenden haben getagt und haben sich auf einen Vorschlag bzw. eine Erklärung geeinigt. Ich möchte jetzt den Abg. Jens Reich bitten, diese Meinung vorzutragen.

Abg. Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Obwohl die Fraktionsvorsitzenden die Art und Weise des Ablaufs im Verfahren um den Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung bedauern, respektieren wir die Entscheidung der Präsidentin.

(Ganz vereinzelter Beifall)

Damit wird der Antrag Gegenstand der Tagesordnung und in zwei Lesungen behandelt werden.

(Beifall vor allem bei der CDU und SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Damit ist die Tagesordnung bestätigt, und ich rufe auf den Punkt 1 der Tagesordnung. Der Punkt 1 der Tagesordnung:

Antrag aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einer gemeinsamen Erklärung

Die Erklärung liegt Ihnen in der Drucksache Nr. 4 vor. Ich verlese diese Erklärung.

„Wir, die ersten frei gewählten Parlamentarier der DDR be-
kennen uns zur Verantwortung der Deutschen in der DDR
für ihre Geschichte und ihre Zukunft und erklären einmütig
vor der Weltöffentlichkeit:

Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermeßliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma.

Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.

1. : Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.

Wir erklären, alles uns mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten.

Wir wissen uns verpflichtet, die jüdische Religion, Kultur und Tradition in Deutschland in besonderer Weise zu fördern und zu schützen und jüdische Friedhöfe, Synagogen und Gedenkstätten dauernd zu pflegen und zu erhalten.

Eine besondere Aufgabe sehen wir darin, die Jugend unseres Landes zur Achtung vor dem jüdischen Volk zu erziehen und Wissen über jüdische Religion, Tradition und Kultur zu vermitteln.

Wir treten dafür ein, verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren. Wir erklären, uns um die Herstellung diplomatischer Beziehungen und um vielfältige Kontakte zum Staat Israel bemühen zu wollen.

2. : Uns, den Abgeordneten des ersten frei gewählten Parlaments der DDR ist es ein tiefes Bedürfnis, uns mit der folgenden Erklärung an die Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion zu wenden:

Wir haben die furchtbaren Leiden nicht vergessen, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg den Menschen in der Sowjetunion zugefügt haben. Diese von Deutschland ausgegangene Gewalt hat schließlich auch unser Volk selbst getroffen. Wir wollen den Prozeß der Versöhnung unserer Völker intensiv fortführen.

Unser Anliegen wird es daher sein, Deutschland so in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu integrieren, daß unseren Völkern künftig Frieden und Sicherheit garantiert sind.

Wir sind uns bewußt, daß die Umgestaltung in unserem Land nicht möglich gewesen wäre ohne das neue Denken und die Perestroika in der Sowjetunion. Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion dankbar für die Ermüdung und Anregung, die wir durch sie in dieser Hinsicht empfangen haben. Wir fühlen uns mit ihnen eng verbunden in der Auseinandersetzung mit dem Erbe des Stalinismus und dem Wirken für Demokratie.

Ausgehend von den sich verändernden Bedingungen in unseren Ländern und den neuen Tendenzen in den internationalen Beziehungen, werden wir uns mit den Völkern der Sowjetunion um eine konstruktive Politik für Frieden und internationale Zusammenarbeit bemühen. In diesem Sinne regen wir an, die bestehenden Verträge mit der Sowjetunion allmählich und einvernehmlich den neuen Realitäten anzupassen.

3. : Die Volkskammer der DDR bekennt sich zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes.

Mit der unrechtmäßigen militärischen Intervention wurde den Menschen in der Tschechoslowakei großes Leid zugefügt und der Prozeß der Demokratisierung in Osteuropa um